

1804/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1735/J betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen und Betriebsgründungen im Zusammenhang mit der stofflichen Verwertung von Kunststoffabfall, welche die Abgeordneten Mag. Schweitzer und Kollegen am 14. 1. 1997 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1, 2 sowie 8 bis 21 der Anfrage:

Sofern die Beantwortung dieser Fragen das Abfallwirtschaftsgesetz und Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz betreffen, ist auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie hinzuweisen. Aus ökonomischer Sicht ist auf eine Studie des Wifo vom Jahre 1995 zum Thema 'Wachstumsmarkt Umwelttechnologien,' hinzuweisen, woraus hervorgeht, daß die etwa 250 Firmen des Kernsegmentes der österreichischen Umweltschutzindustrie öS 21 Mrd. erwirtschafteten und etwa 11.000 Personen beschäftigten. Inklusive Entsorgungs- und Consultingdienstleistungen erreichte dieser Wirtschaftszweig ein Umsatzvolumen von öS 35 Mrd. Die Umweltschutzindustrie zählt somit weltweit zu den Wachstumsbranchen; ihr werden neueren Studien zufolge jährliche durchschnittliche Wachstumsraten von 7 bis 8 % prognostiziert. Hinsichtlich der Kunststoffverwertung ist festzustellen, daß die branchenspezifischen 'freiwilligen Vereinbarungen' im Kunststoffbereich betreffend 'PVC-Fensterrahmen, Kunststoffrohre, PVC-Fußbodenbeläge, Scheck-, Kredit-, Club- und Mitgliedskarten aus PVC sowie Pharmablisterverpackungen,' im Jahre 1995 beachtliche Recycling-Quoten von 80 bis 100 % zu verzeichnen hatten und in den letzten Jahren sehr gut funktioniert haben.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage :

Unter dem derzeitigen Stand der Wiederverwertungsmöglichkeit werden die Quoten als ausreichend angesehen.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Wie bereits unter Hinweis auf obige Studie des Wifo erwähnt, bestehen im Rahmen der Umwelttechnologie-Industrie gewaltige Wachstumsraten. Dies entspricht auch der allgemeinen These, daß man durch Maßnahmen des Umweltschutzes zusätzliche Arbeitsplätze schaffen kann .

Im Rahmen der Bauoffensive werden beispielsweise im Bereich Siedlungswasserwirtschaft, Altlastensanierung und sonstigen Umweltförderungen zusätzliche Investitionen ausgelöst, welche zahlreiche Arbeitsplätze sichern bzw. schaffen.

Antwort zu den Punkten 5 bis 7 der Anfrage:

In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die bereits genannte Wifo-Studie verwiesen.

Untersuchungen bezüglich der stofflichen Verwertung von Kunststoffabfällen wurden seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten nicht durchgeführt.